

Wird Japan die ostasiatische Version der Ukraine?

Japan schließt sich der von den USA vorangetriebenen Strategie zur Eindämmung Chinas an.

24. November 2025 | Brian Berletic



Ein Demonstrant hält am 28. Oktober vor der Residenz des Premierministers in Tokio ein Schild hoch, auf dem er seine starke Ablehnung gegenüber Trumps Besuch in Japan zum Ausdruck bringt. Die Demonstranten sprachen sich gegen die Stärkung des japanisch-amerikanischen Militärbündnisses aus, das ihrer Meinung nach die regionale Stabilität untergräbt.

Die jüngste diplomatische Krise, die durch die Äußerungen der japanischen Premierministerin Sanae Takaichi zu Taiwan ausgelöst wurde, ist kein isolierter oder spontaner Vorfall. Es handelt sich um einen kalkulierten Schritt im Rahmen einer umfassenderen, laufenden Strategie der USA und ihrer Verbündeten zur Konfrontation mit China, eine Strategie, die derjenigen ähnelt, die die USA ebenfalls entwickelt haben, um Russland über die Ukraine und zunehmend auch den Rest Europas zu konfrontieren.

Takaichi erklärte Anfang November vor dem japanischen Parlament, dass ein möglicher Angriff des chinesischen Festlands auf Taiwan – das nur 100 km vom japanischen Territorium entfernt liegt – als „eine Situation, die Japans Überleben bedroht“ gelten würde und eine militärische Reaktion Tokios auslösen könnte, berichtete der US-Nachrichtensender CNN.

Takaichis Äußerungen kommen zu einer Zeit, in der Japan begonnen hat, seine Militärausgaben zu erhöhen, die militärische Zusammenarbeit mit den USA auszuweiten und sogar eine Änderung seines Verbots von Atomwaffen auf seinem eigenen Territorium in Betracht zieht.

Japans Verhalten als eifriger Stellvertreter der USA

Die wahre Bedeutung von Takaichis Aussagen liegt in ihrer Übereinstimmung mit einer radikalen, raschen Veränderung der japanischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik – einer Politik, die Japan von den USA in derselben Weise aufgezwungen wurde wie der Ukraine und dem übrigen Europa gegenüber Russland, wie vom US-Kriegsminister Pete Hegseth in einer im Februar 2025 in Brüssel an Europa übermittelten Direktive dargelegt. „Kriegsminister“ Pete Hegseth in einer im Februar 2025 in Brüssel an Europa übermittelten Direktive dargelegt hat.

Für Japan bedeutet dies insbesondere den Übergang von seinem Pazifismus nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer beeindruckenden, offensiv fähigen regionalen Militärmacht, die als Teil der Eindämmungsstrategie der USA dient. Es handelt sich um einen Wandel, den die zuvor neutrale Ukraine bereits vollzogen hat, mit katastrophalen Folgen für sich selbst und den Rest Europas, und der ähnliche Folgen für Japan erwarten lässt.

Im Oktober 2025 berichtete Reuters, dass Japans neuer Premierminister eine „frühzeitige Aufstockung der Verteidigungsausgaben“ mit einer „proaktiven“ Finanzpolitik versprochen habe. Dies wurde quantifiziert, als DW im selben Monat berichtete, dass Takaichi bis März 2026 eine Militärausgabenquote von 2 Prozent des BIP anstrebe, was den Basisausgabenanforderungen der NATO entspricht und Japans weitere Integration in einen globalen, von den USA geführten Militärblock signalisiert.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese 2-prozentige Erhöhung nur ein kleiner Schritt in Richtung viel höherer Ausgaben in naher Zukunft ist – wahrscheinlich in Anlehnung an die derzeitige 5-prozentige Verpflichtung Europas zu Verteidigungsausgaben, wie sie Hegseth im Februar 2025 gefordert hatte.

Auch Japan ändert seine Haltung zu Atomwaffen. Reuters kommentierte, dass der japanische Premierminister „möglicherweise eine Revision des Verbots der Einfuhr solcher Waffen in sein Staatsgebiet anstreben könnte“. Dies spiegelt erneut eine ähnliche Rhetorik des ukrainischen Präsidenten Selensky während der Münchener Sicherheitskonferenz 2022 wider, bei der er damit drohte, das Budapester Memorandum, das ein Verbot des Erwerbs von Atomwaffen durch die Ukraine beinhaltet, für nichtig zu erklären.

So wie die Ukraine damals eine eskalierende, sogar existenzielle Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands darstellte, so stellt heute ein zunehmend aggressives Japan, das die Beschränkungen aufhebt, die ihm nach seiner 14-jährigen Invasion Chinas von 1931 bis 1945 auferlegt wurden, eine eskalierende, sogar existenzielle Bedrohung für die nationale Sicherheit Chinas dar.

Da die USA eine ähnliche Politik gegenüber den Philippinen, der Republik Korea und sogar gegenüber der chinesischen Inselprovinz Taiwan verfolgen, bildet sich eine Einheitsfront gegen China heraus – analog zu dem, was die USA aus der NATO gemacht haben und heute gegen Russland einsetzen.

Ausdehnung Russlands, Ausdehnung Chinas ...

Die zunehmend aggressive Haltung Japans fügt sich in eine viel umfassendere Strategie der USA für die Region ein, genauso wie die Aufgabe der Neutralität durch die Ukraine einer viel umfassenderen Strategie der USA in Europa diente.

Ein Papier der RAND Corporation aus dem Jahr 2019 mit dem Titel „Extending Russia“ (Ausdehnung Russlands) empfahl den Einsatz von Stellvertretern, um an mehreren Orten entlang der Peripherie Russlands Konflikte zu schüren, sowie die Ausübung wirtschaftlichen und politischen Drucks auf Russland selbst, um Russland zu isolieren und zu schwächen und einen Zusammenbruch nach sowjetischem Vorbild herbeizuführen.

In ähnlicher Weise bereiten die USA eine regionale Front von Stellvertretern im asiatisch-pazifischen Raum vor, die verschiedene Aufgaben übernehmen sollen, um China an mehreren Orten zu konfrontieren und einzudämmen, die eigene militärische Präsenz der USA in der Region zu verstärken und eine Frontlinie zu schaffen, die die USA bei einem möglichen Konflikt sicher unterstützen und hinter der sie operieren können.

In dem Papier des Naval War College aus dem Jahr 2018 mit dem Titel „A Maritime Oil Blockade Against China“ (Eine maritime Ölblockade gegen China) wird ein Plan dargelegt, um Chinas Energieimporte an wichtigen Engpassen außerhalb der Reichweite der meisten militärischen Fähigkeiten Chinas zu unterbinden.

Der Plan erfordert nicht nur, dass die US-Streitkräfte eine sogenannte „Fernblockade“ durchsetzen, sondern auch die Zusammenarbeit einer Reihe von Nationen, um die Blockade zu unterstützen und China davon abzuhalten, sie zu durchbrechen. Eine dem Papier beigelegte Karte verdeutlicht die wichtige Rolle, die Japan (zusammen mit den Philippinen und Chinas Taiwan) in dieser umfassenderen regionalen Strategie spielt.

Der derzeitige Ausbau des US-Militärs, einschließlich der Umgestaltung des US Marine Corps zu einer rein gegen den Seeverkehr gerichteten Streitkraft, die genau entlang der in dem Papier von 2018 beschriebenen Engpässe eingesetzt werden soll, sowie die Militarisierung von Stellvertretern wie Japan, den separatistischen Regionalbehörden Taiwans und den Philippinen zeigen, dass das Papier von 2018 mehr als nur ein Vorschlag ist. Genau wie das Papier der RAND Corporation aus dem Jahr 2019 ist es ein Rahmenwerk, das die USA seitdem umsetzen wollen, wobei ein remilitarisiertes, aggressives Japan eine Schlüsselkomponente dabei ist.

Japans Fokus auf Taiwan: kein Zufall

Die aggressive Haltung Japans, insbesondere in Bezug auf Taiwan, geht einher mit einer zunehmend offensichtlichen Missachtung der eigenen, langjährigen Ein-China-Politik durch die USA.

Das Büro des Historikers des US-Außenministeriums verfügt über das Original des gemeinsamen Kommuniqués der USA und Chinas aus dem Jahr 1972, in dem diese Politik beschrieben wird. Dem Kommuniqué zufolge „erkennt die Regierung der USA an, dass alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwanstraße daran festhalten, dass es nur ein China gibt und dass Taiwan ein Teil Chinas ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten stellt diese Position nicht in Frage.“

Seitdem haben die USA jedoch kontinuierlich und bewusst gegen diese Politik verstoßen, indem sie ohne Zustimmung der Zentralregierung politische Kontakte zu den Separatisten auf Taiwan aufgenommen haben, Verbündete, darunter Japan, dazu ermutigt haben, zunehmend provokative Positionen zum Status Taiwans einzunehmen, um Washingtons eigene zunehmende Konfrontation mit China zu „teilen“, und indem sie weiterhin Waffen an die Regionalverwaltung auf Taiwan selbst verkauft haben.

Die Regierung von Donald Trump selbst hat kürzlich ein Waffenpaket im Wert von 330 Millionen Dollar genehmigt, das laut Reuters Komponenten für in den USA hergestellte Flugzeuge (F-16 und C-130) enthält, die bereits in Taiwan im Einsatz sind. Dieser Waffenverkauf ist der erste unter der aktuellen Trump-Regierung, folgt jedoch ähnlichen Verkäufen sowohl unter der vorherigen Regierung von Joe Biden als auch während der ersten Amtszeit von Präsident Trump, in der er Waffenverkäufe in Milliardenhöhe an die Inselprovinz beaufsichtigte.

Indem die USA ihren wichtigsten Verbündeten in Ostasien dazu ermutigen, die Spannungen um Taiwan zu verschärfen – zusammen mit einer Ausweitung der Militärausgaben und Andeutungen einer Änderung ihrer Position zu Atomwaffen –, treiben sie einen wichtigen geopolitischen Konfliktpunkt aktiv in Richtung eines Konflikts. Diese Politik der USA zielt darauf ab, China in die Enge zu treiben, sodass jede Reaktion aggressiv erscheint, was wiederum eine von den USA angeführte, durch Stellvertreter geführte Aufrüstung und einen möglichen Konflikt, der darauf abzielt, den Aufstieg Chinas einzudämmen oder sogar umzukehren, weiter rechtfertigt.

Zusammen genommen sind dies Symptome einer einzigen, tief verwurzelten, von den USA angeführten globalen Strategie zur Bekämpfung und Eindämmung des Multipolarismus, dessen zentrale Säule China ist. Dabei ist Japan auf dem besten Weg, zumindest eine von mehreren „Ukrainen“ im asiatisch-pazifischen Raum zu werden.

Peking, Moskau und die wachsende Koalition von Nationen, die eine multipolare Welt anstreben, müssen erkennen, dass nicht die Rhetorik, sondern die Handlungen der USA die wahren Indikatoren für ein klares, unerschütterliches Bekenntnis zu einer Strategie der Zwangsmaßnahmen, Konfrontation und Eindämmung sind, die darauf abzielt, die amerikanische Vorherrschaft um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Eine aufstrebende multipolare Welt muss sich gleichermaßen dazu verpflichten, sich gegen diese Strategie der USA zu verteidigen und sie letztendlich zu überwinden.